

# **Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP für die Legislaturperiode 2006-2011**

Die Parteien SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP bilden für die Wahlperiode 2006 bis 2011 eine Koalition mit dem Ziel, durch eine verlässliche und stabile Politik die Attraktivität des Standortes Offenbach voranzubringen. Dabei haben die Anstrengungen, den städtischen Haushalt zu sanieren, Priorität. Damit dies gelingen kann, muss sich die Wirtschafts- und Sozialstruktur positiv entwickeln. Dazu gehört es auch, die weichen Standortfaktoren zu stärken. Die Koalition setzt hierbei den Schwerpunkt auf Bildung und Erziehung. Die Verbesserung der Lebensqualität bleibt eine ständige Aufgabe, um im Wettbewerb der Städte zu bestehen.

Hierfür beschließen die Bündnispartner folgenden Koalitionsvertrag:

## **1. Bürgerbeteiligung**

- 1.1 Zentrales Anliegen dieser Koalition ist eine verstärkte Bürgerbeteiligung, transparente politische Prozesse und ein sachlicher, offener Politikstil. Die Information der Bürgerinnen und Bürger über die Arbeit des Stadtparlaments und Rathauses soll intensiviert werden. Es wird geprüft, wie die Information über die Arbeit der Stadtverwaltung, der Stadtverordnetenversammlung und der Fraktionen verbessert werden kann.
- 1.2 Wo rechtlich möglich, sollen Tagesordnungspunkte öffentlich behandelt werden - auch bei Kauf und Verkauf sowie Vergabe von Grundstücken der Stadt in Erbpacht. Bei kostenpflichtigen Straßenerneuerungen und Erschließungen werden die Betroffenen frühzeitig informiert und Mitsprachemöglichkeiten organisiert. Bürgeranhörungen und -beteiligungen bei Planungsprozessen sollen ebenfalls frühzeitig erfolgen und wirksam angekündigt werden. Die Koalitionsparteien wollen es ermöglichen, dass Initiativen des Ausländerbeirates und des Jugendparlamentes im Stadtparlament behandelt werden können.

## **2. Wirtschaft und Finanzen, Stadtkonzern und Verwaltung**

- 2.1 Wirtschafts- und Stadtentwicklung, Verwaltungsumbau und Etatsanierung sind zentrale Leitlinien der Offenbacher Politik. Die Bündnispartner sind sich ihrer Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt bewusst und wollen eine stabile und verlässliche Politik.
- 2.2 Trotz der Erfolge bei Einsparmaßnahmen auf der Ausgabenseite wird das Wegbrechen der Steuereinnahmen in den letzten Jahren voraussichtlich kurz- und mittelfristig nicht ausgeglichen werden können. Umso wichtiger ist unverändert strikte Ausgabendisziplin. Das Ziel, einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, ist von zentraler Bedeutung. Alle ausgabewirksamen Planungen stehen somit unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit und ihrer Bedeutung für die Entwicklung der Stadt.
- 2.3 Bei uneingeschränkter Anerkennung dieser Notwendigkeiten erkennen die Bündnispartner aber an, dass es im Bereich Bildung und Erziehung einer besonderen Anstrengung bedarf, um ein den Anforderungen der Zukunft angemessenes Bildungs- und Ausbildungsniveau und -umfeld sicherzustellen. Für die Sanierung der Schulen werden die Möglichkeiten des Eingehens von Partnerschaften mit

privatwirtschaftlich organisierten Unternehmen (Öffentlich-Private-Partnerschaften - ÖPP) geprüft und falls Erfolg versprechend genutzt werden.

- 2.4 Der in Offenbach eingeleitete Prozess der Verwaltungsmodernisierung (einschließlich der Ausgliederungen und Privatisierungen) stellt eine wichtige Anpassung an ökonomische Herausforderungen und rechtliche Vorgaben für unsere Kommunalwirtschaft dar. Dieser Prozess ist in umsichtiger Weise fortzusetzen. Die Struktur der Stadtwerke Offenbach Holding wird überprüft; einschließlich der Option, die Klinik Offenbach GmbH in den Konzern zu integrieren. Es ist stets zu prüfen, ob Aufgaben in der Verwaltung zu erbringen sind, oder von städtischen Gesellschaften übernommen, beziehungsweise Kapazitäten tatsächlich vorgehalten werden sollen, oder an Fremdfirmen vergeben beziehungsweise diese beteiligt werden können. Im Rahmen der Sanierungsmaßnahmen wird auf betriebsbedingte Kündigungen verzichtet.
- 2.5 Die Einführung der Doppik und der damit verbundene Wegfall der bisherigen Kameralrechnung in dieser Legislaturperiode werden zu einer verbesserten Überschaubarkeit der städtischen Finanzen führen, ohne die grundsätzlichen Probleme damit zu lösen.
- 2.6 Im Rahmen der weiteren Entwicklung der Verwaltungsmodernisierung werden die Nutzung des Konzepts eGovernment und der Ausbau der Angebote des Bürgerbüros vorangetrieben. In diesem Zusammenhang soll auch die Prüfung eines Konzepts für ein dezentrales Angebot vorgenommen werden. Dieses muss kostenneutral sein.
- 2.7 Das Modell der Verbeamtung wird sowohl unter finanziellen als auch unter strukturellen Gesichtspunkten geprüft (auf Risiken bzw. ausreichende Höhe des Kapitalstocks sowie Frage der Durchlässigkeit innerhalb der Verwaltung).
- 2.8 Die Konzernpolitik erfolgt in Abstimmung mit der Stadtentwicklung.
- 2.9 Es ist zu prüfen, ob eine Veröffentlichung des Denkmalschutzkatasters im Internet möglich ist.
- 2.10 Das Wassernetz wird im Verantwortungsbereich der Stadt Offenbach behalten.
- 2.11 Die Tätigkeitsfelder der GBO werden, wo es wirtschaftlich sinnvoll ist, grundsätzlich erhalten.

### **3. Zukunftsaufgabe Bildung und Betreuung**

#### **3.1 Bildung und Schule**

- 3.1.1 Erklärtes Ziel der Bildungspolitik der Bündnispartner ist, die Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss in Offenbach deutlich zu senken und in enger Kooperation von Jugendhilfe und Schule Angebote an den Schulen zu entwickeln, die Schulversagen und Schulverweigerung entgegenwirken und dazu beitragen, individuelle Bildungschancen zu erhöhen.
- 3.1.2 Die Bündnispartner werden die differenzierte Schullandschaft in Offenbach entsprechend des fortgeschriebenen und ergänzten Schulentwicklungsplans 2000 erhalten. Sie unterstützen weiterhin die bisher nicht genehmigte Forderung des Schulentwicklungsplans, mit der Geschwister-Scholl-Schule eine dritte Integrierte Gesamtschule in Offenbach einzurichten. Jedes Jahr müssen fast 100 Kinder ab-

gewiesen werden, deren Eltern sie auf eine Gesamtschule schicken wollen. Wir setzen uns für die Umsetzung des Elternwillens und den Willen der Schulgemeinden ein.

- 3.1.3 Der Ausbau von Ganztagschulen hat weiterhin Priorität. Die Bündnispartner werden insbesondere Ganztagsangebote an den Grundschulen fördern. Nach den durch Mittel des Bundesprogramms IZBB geförderten Maßnahmen an der Eichendorffschule hat ein Ausbau der Ganztagsbetreuung an der Mathildenschule Priorität. Ebenso werden die Bündnispartner die drei Gymnasien den veränderten Anforderungen durch G8 entsprechend ganztagsgerecht gestalten und erhalten. Das Land muss gefordert bleiben, einen Anteil an diesen notwendigen Maßnahmen zu übernehmen, die durch die Schulgesetzgebung erforderlich werden. Von Seiten des Landes erwarten wir noch mehr Unterstützung bei der Versorgung unserer Schulen mit den notwendigen Personalstellen.
- 3.1.4 Die Bildungsangebote der Berufsschulen und der Träger von Weiterbildung müssen gesichert und ausgebaut werden. Um die Gebühren für die Teilnahme in zumutbaren Grenzen zu halten, darf trotz der bekannten Haushaltslage die finanzielle Unterstützung der Stadt nicht gemindert werden.
- 3.1.5 Wir wollen die problematische Ausbildungssituation für 16 bis 18jährige gemeinsam mit den Verantwortlichen der Wirtschaft, des Handwerks, der IHK und den Gewerkschaften verändern. An Runden Tischen sollen Lösungswege gefunden und ausgestaltet werden, die den Jugendlichen konkrete Perspektiven aufzeigen.
- 3.1.6 Zusammen mit den unterschiedlichsten Ausbildungsinitiativen, der MainArbeit, der Agentur für Arbeit und der IHK sollte ein bis zu dreijähriges Ausbildungskonzept entwickelt werden. Dabei kann das bisher erfolgreiche Modell der Produktionsschulen prägend wirksam werden. Dieses Ausbildungsprogramm können Jugendliche nur dann verlassen, wenn sie eine feste Lehrstelle oder eine Arbeitsstelle antreten.
- 3.1.7 Wir wollen das Umwelt- und Gesundheitsbewusstsein in den Schulen fördern. Konsequente Mülltrennung sollte an allen Schulen selbstverständlich werden, schon in den Klassenzimmern. Die Koalitionspartner prüfen, ob die Ausschreibung eines Umwelt-Preises für Schulen mit besonderem Umweltbewusstsein sinnvoll ist.
- 3.1.8 Wir unterstützen das erfolgreiche Projekt „Schule ans Netz“.
- 3.1.9 Wir unterstützen weiterhin die Zusammenarbeit von Staatlichem Schulamt, Jugendhilfe, Gerichten und Polizei zur Sicherstellung von Maßnahmen gegen Schwänzen und Schulverweigerung.
- 3.1.10 Fehlende familiäre Unterstützung während der Schulausbildung führt immer noch zu Bildungsbenachteiligung. Die Bündnispartner wollen deshalb außerschulische Lern- und Bildungshilfen bedarfsgerecht unterstützen und ausbauen. Dies betrifft sowohl die direkte Förderung von Hausaufgabenbetreuung und gezielten Einzelhilfen, als auch die Unterstützung von Patenschaftsprojekten in den Bereichen Sprachförderung sowie Begleitung und Unterstützung beim Berufsübergang. Hierbei soll ehrenamtliches Engagement in geeigneter Weise mit professionellem Handeln verknüpft werden.
- 3.1.11 Der Erziehungs- und Bildungsbericht (EBO) wird fortgeschrieben.

- 3.1.12 Als Großstadt wollen wir ein Berufsschulstandort mit einem breiten Angebot bleiben. Wir werden prüfen, ob inhaltliche Schwerpunkte neben den klassischen Berufsfeldern z.B. in den Bereichen Mode/Körperpflege, Grafik/Design, Gesundheit, Ernährung, Pflege/Sozialpflege sowie Verwaltung liegen können.

## **3.2 Schulbausanierung**

- 3.2.1 Die Bündnispartner sind sich einig, dass das Sanierungstempo an den Offenbacher Schulen beschleunigt werden muss. Zum Erreichen dieses Ziels werden verschiedene Möglichkeiten von ÖPP geprüft.
- 3.2.2 Die mangelhafte Raumsituation an den Berufsschulen wird behoben. Der Erweiterungsbau für die Berufsschulen auf dem Buchhügel muss realisiert werden.

## **3.3 Kinderbetreuung, Kinder, Jugendliche und Familie**

- 3.3.1 Die Koalition setzt sich die Verbesserung der Qualität der Kindertagesstätten zur Aufgabe. Die schrittweise Reduzierung der Gruppengrößen in den Kindertagesstätten wird angestrebt. Eine Verlängerung der Öffnungszeiten in weiteren Kindertagesstätten wird nach Bedarf geprüft und umgesetzt. Die Koalition tritt für eine Stabilität der Kitagebühren bis 2011 ein.
- 3.3.2 Die Koalition steht weiterhin für die bedarfsgerechte Schaffung von Kita-Plätzen in Offenbach ein.
- 3.3.3 Wir streben an, bis zum Ende der Legislaturperiode ein bedarfsdeckendes Betreuungsangebot für unter 3jährige sicherzustellen.
- 3.3.4 Eine flächendeckende Sprachförderung, für alle, die diese benötigen, ist in den Kindertagesstätten sicherzustellen.
- 3.3.5 Um das Lernen im Vorschulalter zu unterstützen, werden in Kooperation zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen neue Konzepte frühkindlicher Bildung entwickelt.
- 3.3.6 Die Förderung der Kinder- und Jugendfarm als pädagogisch betreuter, naturnaher Erlebnisraum mit einem gesicherten Standort in Offenbach wird fortgeschrieben. Als wertvoller Beitrag zur Kinderbetreuung während der Ferienzeit wird die Stadtranderholung weiterhin gefördert.
- 3.3.7 Für die Gestaltung ihrer Freizeit soll Jugendlichen ein breites Netzwerk an Angeboten zur Verfügung stehen. Besonders im Innenstadtbereich wollen wir Kooperationsprojekte zwischen Jugendzentren, Sportvereinen und Bildungseinrichtungen ausbauen.
- 3.3.8 Die Qualitätskontrolle, Sanierung und Neubau von Spielplätzen werden weiterhin intensiv betrieben. Die Spielplätze werden regelmäßig durch den ESO kontrolliert.
- 3.3.9 Damit alle Schülerinnen und Schüler gleiche Chancen haben, setzen wir uns für den Ausbau der Kooperation zwischen Einrichtungen der Jugendhilfe und Schulen ein.
- 3.3.10 Die Koalition spricht sich für die Teilnahme an dem hessischen Projekt der modellhaften Einführung von so genannten „Schüler-Gerichten“ (Teen Courts) an Offenbacher Schulen aus.

## **4. Aktive Wirtschaftsförderung, Standortmarketing und Gewerbe**

- 4.1 Wir wollen Offenbach als Standort für Dienstleistung und High-Tech-Produkte in Deutschland und Europa weiter voranbringen.
- 4.2 Wir wissen, dass der Wirtschaftsstandort Offenbach in die Entwicklung der Region Rhein-Main eingebettet ist, von dieser profitiert und zu dieser maßgebliche Beiträge liefert. Wir werden daher in den regionalen Netzwerken und Institutionen weiter intensiv mitarbeiten und unseren Beitrag zur Stärkung der Region Rhein-Main leisten.
- 4.3 Wir setzen auf die Stärken, die sich aus der Ansiedlung von kreativen Unternehmen aus der Medien-, Werbe-, Grafik- und Designbranche ergeben. Die Bemühungen von Stadt und IHK, Offenbach als Gründerstadt zu profilieren, werden unterstützt und sollen gemeinsam mit Sparkasse, Arbeitsamt und erfolgreichen Existenzgründern vertieft werden. In diesem Zusammenhang unterstützen wir das Existenzgründerzentrum in der Hermann-Steinhäuser-Straße.
- 4.4 Die Bündnispartner sind sich einig, dass das Hafengebiet möglichst zügig entwickelt werden soll. Dabei sollen im Bereich der Siedlungsbeschränkungsflächen höherwertige Gewerbe- und Dienstleistungsflächen entwickelt werden. Die Bündnispartner streben einen möglichst hohen Wohnanteil und eine Öffnung des neuen Wohnbereichs zum Nordend und damit eine Überwindung des trennenden Charakters des Nordrings an. Die Mainstraße ist im Zuge des Verkehrsmanagementplans zu entlasten.
- 4.5 Für das MAN-Gelände an der Christian-Pleß-Straße strebt die Koalition eine Mischung aus Wohn- und Gewerbenutzung an.

## **5. Gebühren, Steuern und Abgaben**

- 5.1 Die Fehlbelegungsabgabe soll nach Möglichkeit abgeschafft werden.
- 5.2 Die angestrebte Stabilisierung der Abfall- und Straßenreinigungsgebühren erfolgt haushaltsneutral durch verbesserte Effizienz.
- 5.3 Die Getränkesteuer wird mit Wirksamkeit zum Haushaltsjahr 2008 halbiert und mit Wirksamkeit zum Haushaltsjahr 2010 abgeschafft.
- 5.4 An der Straßenreinigungssatzung in der aktuell gültigen Form wird grundsätzlich festgehalten. Die Erweiterung der Selbstreinigung sowie die Möglichkeit einer Ausweitung der Qualitätskontrolle bei der Straßenreinigung werden geprüft.

## **6. Innenstadtentwicklung, Stadtteile, Wohnen und Einkaufen**

- 6.1.1 Das Recycling bereits vorhandener Flächen steht vor einer Neuausweisung. Auch bei der Erschließung von Wohnbaugebieten bedarf es weiterhin einer ökologischen und ökonomischen Prüfung. Der Erhalt und Ausbau der Grünflächen in der Innenstadt und den angrenzenden Stadtteilen muss beachtet werden.

- 6.1.2 Bei der Aufstellung von B-Plänen zur Wohnbebauung wird die Schaffung eines familienfreundlichen Wohnumfelds berücksichtigt.
- 6.1.3 Das Offenbacher Klinikum wird als Klinikum der Maximalversorgung erhalten. Deshalb wird ein Neubau auf dem Klinikgelände bis 2009 errichtet und mit den anderen Krankenhäusern in der Region kooperiert. In Bieber-Waldhof wird ein Logistikzentrum für das Klinikum errichtet.
- 6.1.4 Die Bürgerplätze in den Stadtteilen Bieber, Bürgel und Rumpenheim werden umgestaltet. Dabei werden die örtlichen Initiativen in die Planung einbezogen und in ihren Bemühungen unterstützt. Der Ostendplatz wird gestalterisch aufgewertet. Die bisher dort stattfindenden Feste sollen weiterhin möglich sein.
- 6.1.5 Die Entwicklung der Neubaugebiete Bürgel Ost, Waldheim Süd und Bieber Nord wird zügig vorangetrieben.
- 6.1.6 Der Hochwasserschutz wird unter Beachtung des historischen Ortsbildes in Rumpenheim gestaltet.
- 6.1.7 Das Mainufer soll als attraktives, stadtnahes Erholungsgebiet fortentwickelt werden.
- 6.1.8 Das Freiflächennutzungskonzept auf dem Buchhügel wird umgesetzt. Die im Flächennutzungsplan als Siedlungsgebiet ausgewiesenen Flächen werden nicht bebaut und in das Freiflächennutzungskonzept einbezogen.
- 6.1.9 Es besteht Einigkeit, dass auch in der Legislaturperiode 2006 – 2011 betreffend der Waldfläche zwischen der Bahnlinie und der Seligenstädter Straße in Bieber-Waldhof keine Baumaßnahmen durchgeführt werden.

## **6.2 Innenstadtentwicklung**

- 6.2.1 Die Stadtentwicklung ist einer der Schwerpunkte der Koalition. Hierbei spielt die weitere Aufwertung der Innenstadt als Einkaufszentrum und Standort für urbanes Wohnen eine entscheidende Rolle.
- 6.2.2 Die städtischen Richtlinien zur Genehmigung und Durchführung von Festen und sonstigen Veranstaltungen in der Innenstadt werden überprüft. Qualitätskriterien für Feste und Veranstaltungen in der Innenstadt sollen sich an den Zielen Aufwertung des Stadtbildes, Lebensqualität in der Innenstadt, Förderung und Aufwertung des Einzelhandels und des kulturellen Lebens der Stadt Offenbach orientieren.

Folgende Maßnahmen sind zu ergreifen:

### Allgemeine Leitlinien:

- 6.2.3 Ziel ist es den Wohnungsbau für Familien, Senioren und Singles in der Innenstadt zu fördern. Dazu wollen wir mit Hilfe von Landes- und Bundeszuschüssen ein Entwicklungskonzept erstellen. Durch hochwertigen Geschosswohnungsbau und die Unterstützung von Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen sowie die Schließung von Baulücken soll dieses Ziel erreicht werden.
- 6.2.4 Ein integrierter Verkehrsmanagementplan für die Innenstadt soll mit dem Ziel der größtmöglichen Mobilität durch die Nutzung der Vorteile von Bus und S-Bahn, von Auto und Fahrrad entwickelt und umgesetzt werden. Ebenso werden ein Luftreinhalteplan und ein Lärminderungsplan entwickelt.

- 6.2.5 Das Citymanagement wird durch aktive Begleitung und Unterstützung des Einzelhandels intensiviert. Es wird geprüft, ob die Teilnahme am Programm INGE (Gesetz zur Stärkung von innerstädtischen Geschäftsquartieren) möglich ist.
- 6.2.6 Ein für Offenbach passendes und finanzierbares Parkleitsystem wird unter finanzieller Beteiligung der Parkhausbetreiber weiterentwickelt und verbessert.
- 6.2.7 Die Vereinbarkeit von Fuß- und Radverkehr in der Fußgängerzone wird angestrebt, die Erreichbarkeit und Durchlässigkeit der Innenstadt für den Radverkehr wird verbessert.
- 6.2.8 Der Wilhelmsplatz soll attraktiver gestaltet werden. Die Koalitionspartner wollen keine Tiefgarage unter dem Wilhelmsplatz. Sollte das durch einen privaten Investor geplante Parkhaus in der Bieberer Straße/ Ecke Marktplatz realisiert werden können, wird der Parkraum auf dem Wilhelmsplatz deutlich reduziert. Es soll in diesem Fall ein entsprechendes Nutzungskonzept für kulturelle Veranstaltungen erstellt werden.
- 6.2.9 Die HEGISS-Projekte in der Östlichen Innenstadt (Mathildenviertel) werden fortgesetzt und ausgebaut.
- 6.2.10 Weitere Stadtteilentwicklungsprogramme und Quartiersmanagementgebiete im Nordend und südlich der Bahnlinie im Gebiet, das von Starkenburgring und Waldstraße begrenzt wird, sollen geschaffen werden.

#### Einzelne Maßnahmen:

- 6.2.11 Die Frankfurter Straße zwischen Luisenstraße und Kaiserstraße wird attraktiver gestaltet. Die Kaiserstraße wird in mehreren Bauabschnitten umgestaltet. Die Große Marktstraße zwischen Kaiserstraße und Aliceplatz wird unter Berücksichtigung der Entwicklung des ehemaligen Offenbach-Post-Geländes entwickelt.
- 6.2.12 Der Umbau der Schlossstrasse wird fertig gestellt. Die Entwicklung des Standorts des City-Centers (Berliner Str. 50-52) soll ebenso wie die Entwicklung des Standorts des Toys 'r us-Gebäudes mit Hilfe von Investoren erfolgen.
- 6.2.13 Die trennende Wirkung des Marktplatzes wird aufgehoben. Die Bieberer Straße zwischen Marktplatz und Wilhelmsplatz wird neu gestaltet. Es wird eine Initiative für die Entwicklung des Geländes gegenüber der städtischen Sparkasse im Kleinen Biergrund ergriffen.
- 6.2.14 Der Büsing- und Lilipark sowie deren Verbindungselement werden weiter aufgewertet.
- 6.2.15 Das Umfeld des Hauptbahnhofs und das Gebäude selbst werden verbessert.

## **7. Umwelt und Grünplanung**

- 7.1 Das Wohl der Offenbacher Bürgerinnen und Bürger hängt auch von einer intakten Umwelt ab. Deshalb orientieren sich die Koalitionspartner in ihren Entscheidungen nicht nur an ökonomischen Überlegungen, sondern auch am Grundsatz der Nachhaltigkeit zum Schutz der Naturgüter Luft, Wasser und Boden.

## **7.2 Grün- und Naherholungsgebiete**

7.2.1 Die Koalitionspartner wollen den Erhalt der Grün- und Naherholungsgebiete in Offenbach. Sie dienen der Steigerung der Lebensqualität der Menschen in Offenbach. Deshalb werden die Grün- und Erholungsgebiete geschützt.

Die Koalitionspartner vereinbaren folgende Maßnahmen:

7.2.2 Der Schultheisweiher ist als Badesee im Naturschutzgebiet zu sichern.

7.2.3 Die Renaturierungsmaßnahmen an Offenbacher Gewässern werden fortgeführt. Dies gilt auch für die Renaturierung der Bieber. Nach der Renaturierung des Buchhügelgrabens und des Hainbachs soll auch der Bieberbach wieder ein natürliches Bachbett bekommen.

7.2.4 Das Mainufer soll als attraktives, stadtnahes Erholungsgebiet fortentwickelt werden. Am Main werden breitere Rad- und Fußwege realisiert.

7.2.5 Die Einrichtung eines Wald- und Naturlehrpfades wird geprüft. Die Attraktion Wetterpark als Bestandteil des Freiflächenkonzepts Buchhügel wird weiter entwickelt.

7.2.6 Der Erhalt und Ausbau der Grünflächen in der Innenstadt und den angrenzenden Stadtteilen muss beachtet werden. Planungen von Bauprojekten auf Offenbacher Stadtgebiet und Naturschutzanforderungen sollen effizienter und zeitnäher aufeinander abgestimmt werden. Hierfür wird ein digitaler Flächenpool erstellt, mit dessen Hilfe naturschutzrechtliche Ausgleichsflächen erfasst und verwaltet werden, mit dem Ziel, mittelfristig ein so genanntes Öko-Konto anzulegen, auf dem Umweltschutzmaßnahmen angesammelt und anschließend von Bauträgern wieder abgerufen werden können.

7.2.7 Der Offenbacher Stadtwald soll in den Regionalpark integriert werden.

7.2.8 In den nächsten 5 Jahren wird es keine Bebauung des Buchraingebietes geben.

7.2.9 Die Offenbacher Kleingärten bieten tausenden Menschen einen Ort der Erholung und des Ausgleichs in der Natur. Außerdem stellen sie klimatologisch wichtige Kaltluftentstehungsgebiete in der Stadt dar. Die legal bestehenden Kleingärten sollen erhalten und gesichert werden.

7.2.10 Der Schlosspark Rumpenheim wird in enger Abstimmung mit den Rumpenheimer Bürgerinnen und Bürgern weiter gestaltet.

## **7.3 Schutz der Umwelt**

7.3.1 Die Einrichtung eines Zentrums für Arbeit, Umwelt, Energien (in Zusammenarbeit mit der GOAB, Handwerk, IHK) wird geprüft.

7.3.2 Die Beteiligung der Stadt Offenbach und ihrer Eigenbetriebe, Gesellschaften am Programm Öko-Profit wird geprüft.

7.3.3 Bei neuen Versorgungsverträgen ist eine anteilige Versorgung mit Biolebensmitteln in der Verwaltung sowie an städtischen Einrichtungen wie Schulen, Kitas und Krankenhäusern zwingend vorzusehen. Die Umsetzung eines umweltfreundlichen Beschaffungswesens wird in der Verwaltung der Stadt Offenbach durchgeführt.

- 7.3.4 Die Bündnisparteien wollen Organisation und Durchführung der Abfallsammlung und –verwertung für die unterschiedlichen Abfallfraktionen jeweils an der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung sowie an ökologischen Erkenntnissen bzw. Erfordernissen ausrichten. In diesem Zusammenhang ist auch die getrennte Sammlung von Bio-Abfall einer regelmäßigen Bewertung zu unterziehen.

#### **7.4 Umwelt, Energie und Mobilität**

- 7.4.1 Die Bündnispartner verfolgen eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete städtische Klimaschutzpolitik, insbesondere hinsichtlich der Bereiche Energie(-einsparung) und Mobilität.
- 7.4.2 Es soll eine CO<sub>2</sub>-Bilanzierung erstellt und darauf aufbauend eine Reduktion der CO<sub>2</sub>- Emissionen angestrebt werden, deren Umfang sich an den Vorgaben der Beschlüsse des Europäischen Klimabündnisses orientiert.
- 7.4.3 In einem zu erstellenden Klimaschutzprogramm der Stadt Offenbach sollen geeignete kommunale Handlungsfelder festgeschrieben werden. Hierunter fallen unter anderem Maßnahmen zum Einsatz erneuerbarer Energien, zur Steigerung von Energieeffizienz, zu verbessertem Energiemanagement bei kommunalen Objekten und entsprechenden baulichen Maßnahmen bei der Sanierung städtischer Liegenschaften sowie Schritte hinsichtlich eines Umstiegs auf alternative Treibstoffe für Fahrzeuge der Stadt bzw. städtischer Gesellschaften.
- 7.4.4 Mit den Maßnahmen zum Klimaschutz wird gleichzeitig eine Reduktion der Feinstaubbelastung der Offenbacher Innenstadt angestrebt. Die Erhöhung des Anteils von Ökostrom in städtischen Einrichtungen wird schrittweise umgesetzt.

#### **7.5 Lärmschutz**

- 7.5.1 Die Bekämpfung von Lärm in Offenbach stellt einen Arbeitsschwerpunkt der Koalition dar. Für die Attraktivität Offenbachs als Wohnstadt ist dies von großer Bedeutung. Nach Vorlage des Lärminderungsplanes soll begonnen werden, konkrete Maßnahmenvorschläge des Planes umzusetzen.

### **8. Verkehr**

- 8.1.1 Die Einrichtung von Tempo-30-Zonen wird weitergeführt.
- 8.1.2 Das Parkraumkonzept wird fortgeschrieben. Das Straßenerhaltungskataster wird weitergeführt.
- 8.1.3 Im Rahmen des Parkraummanagement-Programms wird die Einführung der Brötchentaste geprüft. Dazu wird ein Modellversuch in Offenbach als Teil der Prüfung initiiert.
- 8.1.4 Die Koalition tritt dafür ein, dass auch perspektivisch Park & Ride-Plätze am Ostbahnhof von der Deutschen Bahn AG zur Verfügung gestellt werden.
- 8.1.5 Automatische Tempo-Kontrollen sollen ausgebaut werden.
- 8.1.6 Es ist zu prüfen, ob Ampeln durch Bedarfsampeln ersetzt werden können oder mit dem grünen Pfeil ergänzt werden können.
- 8.1.7 Wir streben an, Offenbach vom Durchgangsverkehr zu entlasten.

- 8.1.8 Der Aufbau von Luftmessstationen zur Kontrolle der Belastung mit Feinstaub und anderen Schadstoffen wird geprüft.
- 8.1.9 Für Fahrräder sollen komfortable Abstellmöglichkeiten an zentralen Stellen in der Stadt (u. a. Fahrradmietboxen) geschaffen werden.
- 8.1.10 Das Radwegenetz, z.B. die Süd-Nord-Verbindung in die Innenstadt, wird ausgebaut.
- 8.1.11 Weitere Straßen werden zu Alleen mit Radfahrwegen umgestaltet, z. B. die Bieberer Straße und die Waldstraße.

## **8.2 ÖPNV und RMV**

- 8.2.1 Die Weiterentwicklung und Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs im Ballungsraum Rhein-Main ist von großer verkehrspolitischer Bedeutung. Die Koalition wird diesem Thema besondere Aufmerksamkeit widmen.
- 8.2.2 Die Einführung einer möglichst kostengünstigen Offenbacher ÖPNV-MobilCard oder eines Bürgertickets wird geprüft. Das Bus-Linienangebot in den Abend- und Nachtstunden sowie sonn- und feiertags wird verbessert.
- 8.2.3 Die Busflotte wird auf emissionsarme Antriebe umgestellt oder mit Partikelfiltern ausgestattet, um Schadstoffe und Feinstaubemissionen zu vermeiden.
- 8.2.4 Es wird geprüft, inwieweit der ÖPNV seine Anbindungen von Oberrad nach Offenbach in sofern verbessern kann, dass Offenbach nach Wegfall der direkten Straßenbahnverbindung zum Marktplatz wieder als Einkaufstandort für Oberräder Bürgerinnen und Bürger attraktiv wird.
- 8.2.5 Die Koalition setzt sich dafür ein, dass mit der Einführung des sogenannten „Elektronic-Ticketing“ 2009 eine Reform der RMV-Fahrpreistarife verbunden wird und die für Offenbach ungünstigen Tarifwaben durch flexible Entfernungstickets ersetzt werden, die Ungerechtigkeiten beseitigen. Insgesamt sollen die RMV-Tarifbestimmungen kundenfreundlicher und unkomplizierter gestaltet werden. Dazu gehört auch die Anerkennung der Bahncard auf allen Verkehrsmitteln und die Möglichkeit für Offenbacher Zeitkarteninhaber, Anschlussfahrtscheine lösen zu können.
- 8.2.6 Die Koalitionspartner sprechen sich für eine eigene neu zu schaffende S-Bahn-Haltestelle im Bereich Waldheim aus. Dieser S-Bahn-Halt soll die bisherige Zugangslücke zwischen Mühlheim und Offenbach-Ost schließen und einen idealen Zustiegspunkt für Bewohner aus Rumpenheim, Waldheim sowie dem neuen Gebiet Waldheim-Süd bilden.
- 8.2.7 Der Offenbacher Hauptbahnhof soll an die Schnellbahn „Hanau – Flughafen“ angebunden werden. Dieses Angebot soll ausgedehnt und möglichst Richtung Mainz/Wiesbaden verlängert werden.

## **9. Flughafen**

- 9.1 Die Koalitionspartner wenden sich gegen weitere gesundheitliche Belastungen durch den Fluglärm. Die Grenze der Belastbarkeit Offenbachs durch Fluglärm ist längst überschritten.
- 9.2 Das Ziel der Koalitionspartner ist es deshalb, weiteren Fluglärm über Offenbach zu verhindern. Deshalb werden sie alle zu Gebote stehenden Mittel nutzen, dieses Ziel zu erreichen. Des Weiteren fordern die Koalitionspartner ein Nachtflugverbot zwischen 22:00 Uhr und 6:00 Uhr. Sie setzen sich ebenfalls für die Erweiterung des passiven Lärmschutzes im Sinne des Antrags der Stadt Offenbach vom 14.06.2005 beim Hessischen Wirtschaftsministerium und FRAPORT ein.

## **10. Sicherheit und Sauberkeit**

- 10.1 Unsere Stadt soll optisch einen gepflegten Eindruck hinterlassen, in der sich Einwohner und Besucher wohl fühlen. Für eine positive Standortentwicklung sind Sauberkeit und Sicherheit von großer Bedeutung. Das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen und die Pflege des äußeren Umfeldes hängen eng zusammen.
- 10.2 Im Projekt „Gib acht auf Offenbach!“ werden die Bemühungen aller Beteiligten für mehr Sauberkeit und Sicherheit auf Dauer effektiv koordiniert und verstetigt. Ziel ist die Zusammenfassung aller Aktionen zu einem gemeinsamen Aktionsplan, Initiierung einer Kampagne, Aufwertung des städtischen Erscheinungsbildes, Bewusstseinsbildung über die Priorität der Themen und das Wecken von Eigeninitiativen sowie Partnerschaft mit Sponsoren zur Finanzierung von Maßnahmen. Auch die Ahndung von Verstößen gegen die Regeln für Sauberkeit wird durch vermehrten Einsatz von Ordnungskräften verstärkt.
- 10.3 Die Arbeit des Präventionsrates wird auf die Kitas und Schule ausgeweitet.
- 10.4 Die Installation von Videoüberwachungsanlagen an den S-Bahnstationen Bieber und Bieber-Waldhof wird angestrebt.
- 10.5 Die Koalition setzt sich für den Bau des Polizeipräsidiums Südosthessen in Offenbach ein. Sie fordert mit Nachdruck die Zuteilung eines höheren Kontingents an Polizeibeamten für Offenbach vom Land Hessen.

## **11. Seniorinnen und Senioren**

- 11.1 Die weitere Umsetzung der Maßnahmen des Altenplans ist Konsens. Das Netz der ambulanten Dienste bleibt in der Hand der freien Träger und wird, wenn notwendig, ausgebaut.
- 11.2 Es wird geprüft, ob die Beratungsstelle zur Beratung und Information älterer Menschen an zentraler Stelle eingerichtet werden kann. Die Koalition unterstützt die Einrichtung von Mehrgenerationenhäusern und das bereits vorhandene Projekt „Lebenszeiten“.
- 11.3 Die verstärkte Unterstützung für pflegende Angehörige, insbesondere von Demenzkranken, wird angestrebt.
- 11.4 Die Koalition wird auf eine Neustrukturierung und Öffnung der Altentagesstätten für

alle Alters- und Bevölkerungsgruppen hinwirken.

11.5 Die Koalition spricht sich für die Unterstützung der Hospizbewegung aus.

## **12. Frauen**

12.1 Die Koalition tritt dafür ein, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Spezielle Berufsförderprogramme für Mädchen und Frauen werden unterstützt.

12.2 Um die Interessen und Belange von Frauen in den unterschiedlichsten Bereichen zu wahren, wird Frauenpolitik als eine Querschnittsaufgabe in der Verwaltung sichergestellt.

12.3 Die Koalition verfolgt damit weiterhin die konsequente Beachtung und Umsetzung der Geschlechtergerechtigkeit (Gender Mainstreaming) in allen gesellschaftlichen Bereichen.

12.4 Um Frauen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, zu helfen, tritt die Koalition für den Aufbau einer Interventionsschutzstelle ein.

12.5 Die Koalition sichert die Arbeit des Frauenhauses.

## **13. Integration**

13.1 Wir wollen die Ausbildungsbeteiligung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund und ihren Zugang zum Arbeitsmarkt verbessern sowie die vorhandenen Kooperationsstrukturen in der Stadt weiter ausbauen.

13.2 Bürger/innen mit Migrationshintergrund sollen beim Erlernen der deutschen Sprache in Kooperation mit den ausländischen Vereinen, den Schulen und den Kitas gefördert werden. Entsprechende Konzepte sind zu entwickeln und umzusetzen (z.B. Deutschkurse direkt in den Stadtteilen, Sprachkurse an den Schulen ähnlich dem Programm „Mama lernt Deutsch“).

13.3 Wir wollen, u. a. in Kooperation mit den Migrantenvereinen erreichen, dass Kinder mit Migrationshintergrund vom dritten Lebensjahr an den Kindergarten besuchen, um möglichst frühzeitig und umfassend die deutsche Sprache zu lernen.

13.4 Der Religionsunterricht in deutscher Sprache für die verschiedenen Konfessionen und ihre Glaubensrichtungen wird unterstützt.

13.5 Der Deutschunterricht für Migrantinnen und Migranten soll ausgebaut, Informationen über das Lernangebot durch direkte Ansprache sowie Anreize zur Teilnahme am Deutschunterricht sollen ausgeweitet werden.

13.6 Offenbach verfügt durch das von der Leitstelle „Zusammenleben in Offenbach“ erarbeitete Konzept zur Interkulturellen Konfliktbearbeitung über ein wirksames Instrument, interkulturelle Konflikte zu bearbeiten. Diese Ansätze müssen weiterverfolgt werden. Die Mittel für Integration sollen durch haushaltsneutrale Umschichtung erhöht werden.

13.7 Der Ausländerbeirat ist ein wichtiger Partner bei der Kommunikation mit den ausländischen Vereinen und wird in seiner vermittelnden Funktion unterstützt.

- 13.8 Vereine, Initiativen und Gruppen, die sich um Integration bemühen, werden in ihrer Arbeit weiterhin unterstützt. Dementsprechend wird der städtische Integrationspreis weiterhin verliehen.

## **14. Ehrenamt**

- 14.1 Das Freiwilligenzentrum werden wir bei der Errichtung eines Netzwerkes von ehrenamtlichen Initiativen und Dienstleistungen für die verschiedenen Bereiche unserer Gesellschaft unterstützen.
- 14.2 Wir wollen das ehrenamtliche Engagement der Offenbacherinnen und Offenbacher weiter fördern und neben der Ehrenamtscard weitere Möglichkeiten zur Würdigung und Förderung des Ehrenamtes prüfen.

## **15. Behinderte**

- 15.1 Ziel der Koalition ist die Gleichberechtigung und Gleichstellung von Menschen mit Behinderung. Zum Abbau baulicher und räumlicher Hürden wird ein Konzept zur barrierefreien Gestaltung der Innenstadt erarbeitet. Barrierefrei denken, planen und handeln muss zum Standard werden.
- 15.2 Wir setzen uns auch für ein größeres Arbeitsplatzangebot für Menschen mit Behinderungen ein. Dabei haben Stadtverwaltung und Stadtkonzern eine Vorbildfunktion.

## **16. Hartz IV, soziales Netz**

- 16.1 Die Koalition legt den Schwerpunkt darauf, die Vermittlungschancen in den ersten Arbeitsmarkt individuell zu unterstützen. Somit dürfen sog. 1-Euro-Jobs ausschließlich der Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt dienen. Sie sind zusätzlich, gemeinnützig und qualifizierend.
- 16.2 Wir setzen uns für die Fortführung der Unterstützung der freien Träger, Initiativen und Selbsthilfegruppen im Bereich Gesundheit und Sozialwesen ein. Zusätzlich wird die Zusammenlegung unterschiedlicher Beratungsstellen unter freier Trägerschaft in der Karlstraße geprüft.
- 16.3 Finanzielle Notlagen bis hin zur Existenzbedrohung sind in den meisten Fällen nicht ohne Hilfe zu kompensieren. Als Förderung zur Selbsthilfe setzt sich die Koalition für den Erhalt und die weitere Unterstützung der Schuldnerberatung ein.
- 16.4 Die Bündnispartner sind sich einig, dass soziale Wohnraumhilfe und Wohnberatung zur Abwendung von Mietschulden und Obdachlosigkeit notwendige Einrichtungen sind.

## **17. Gesundheit, Kliniken**

- 17.1 Die Koalition befürwortet den Neubau des Klinikums und sichert dieses als Krankenhaus der Maximalversorgung für die Offenbacher Bevölkerung.
- 17.2 In die Angebote im Gesundheitswesen und in der Altenpolitik wollen wir ergänzend die Orientierung auf spezifische Bedürfnisse von Migrantinnen und Migranten aufnehmen.

## **18. Kultur und Sport**

- 18.1 Die vielfältige und lebendige Kulturszene in Offenbach ist weiter zu unterstützen und auszubauen. Die Koalition wendet sich daher gegen den von der Hessischen Landesregierung vorgesehenen Zwangsverband Kultur.
- 18.2 Die Möglichkeiten für eine stärkere Koordination und effizientere Struktur der kulturellen Aktivitäten innerhalb der Stadt werden geprüft. Die verbesserte Sichtbarkeit aller kulturellen Institutionen im Stadtbild wird durch eine einheitliche und ansprechende Beschilderung erreicht, deren Planung die Hochschule für Gestaltung übernimmt.
- 18.3 Wir wollen das Verhältnis zwischen Hochschule für Gestaltung und Stadt weiter verbessern. Das kreative Potenzial der Hochschule für Gestaltung soll noch stärker in der Stadt zur Geltung kommen. Der Campus der Hochschule für Gestaltung wird im Zusammenhang mit dem Umbau der Schlossstraße zu einem nicht nur für Studentinnen und Studenten attraktiven Gelände ausgebaut.
- 18.4 Die Koalition tritt weiterhin für die Förderung der Jugendkunst- sowie der Musikschule ein.
- 18.5 Kulturveranstaltungen werten die innerstädtischen Parkanlagen auf, deshalb werden diese zukünftig stärker als Veranstaltungsräume in das kulturellen Leben einbezogen. Weiter schreibt die Koalition kulturelle Veranstaltungen im Büsingpark wie z.B. das Lichterfest fest.
- 18.6 Zur Intensivierung der Arbeits- und Ausstellungsmöglichkeiten von Künstlerinnen und Künstlern in Offenbach wird ein „Atelier- und Galerie-Register“ eingerichtet.
- 18.7 Eine angestrebte „Servicestelle Kultur“ plant auch das Angebot und die Vergabe von Proberäume für Musikgruppen.
- 18.8 Es gilt, den Standard der Stadtbibliothek durch ausreichende Personal- und Finanzausstattung zu sichern.
- 18.9 Die Einführung eines weiteren Kulturpreises der Stadt Offenbach (z.B. Kulturpreis Kalligraphie) mit dem Ziel, die Sichtbarkeit der kommunalen Kultur zu heben, wird geprüft.
- 18.10 Weiter wird vereinbart, dass die Prüfung einer stärkeren Koordination und effizienteren Struktur der kulturellen Aktivitäten innerhalb der Stadt auch die Prüfung der Bildung einer GmbH zu diesem Zweck umfasst.
- 18.11 Sport ist ein zentraler Bestandteil lokaler Kultur. Die Förderung des Jugendsports und der Vereine mit eigenen Sportanlagen wird weiterhin gesichert. Weiter setzt sich die Koalition für die kontinuierliche Sanierung der Sportplätze in Offenbach ein.

- 18.12 Es wird geprüft, ob das Sport- und Badeamt zu einer „Servicestelle Sport“ weiterentwickelt werden kann.
- 18.13 Ebenfalls prüft die Koalition die Errichtung eines Sportzentrums in Bürgel/ Rumpenheim sowie ein damit zusammenhängender Ersatzbau für die Jahnhalle in Bürgel.
- 18.14 In Kooperation zwischen den ansässigen Sportvereinen und privaten Investoren wird am Main die Errichtung eines Wassersportzentrums angestrebt.
- 18.15 Der Leonhard-Eißnert-Park und das Gelände des ehemaligen Tambourbads sollen zu einem „Freizeitpark Bieberer Berg“ entwickelt werden, der auch dem Breitensport dient.
- 18.16 Der Name „Leonhard-Eißnert-Park“ bleibt erhalten.
- 18.17 Zur Förderung der Etablierung der Artothek in der Öffentlichkeit ist eine verstärkte Wegweisung sowie eine bessere Beschilderung vorzunehmen. Diese Maßnahme erfolgt in Zusammenhang mit einer geplanten, neuen Beschilderung diverser Einrichtungen in Offenbach.

## **19. Partnerstädte**

- 19.1 Städtepartnerschaften sind ein wichtiges Mittel für Begegnungen von Menschen aus unterschiedlichen Kulturbereichen. Für internationale Austauschtreffen stellt die Stadt interessierten Schulklassen sowie Gruppen aus Sport- und Kulturvereinen neben geringfügigen Zuschüssen auch logistische Hilfe wie z.B. Kontakte zur Verfügung.

## **20. Friedhöfe**

- 20.1 Die angestrebte Stabilisierung der Friedhofsgebühren erfolgt haushaltsneutral durch verbesserte Effizienz. Die Möglichkeit einer Baum- oder Friedhainbestattung wird geprüft. Die Ordnungspolizei stellt sicher, dass die Würde der Friedhöfe respektiert und die Friedhofsordnung eingehalten wird.

## **21. Zusammenarbeit der Koalitionspartner**

- 21.1 Parlamentarische Initiativen sind in der Regel nur mit Zustimmung der Partner möglich. In gemeinsamen Arbeitskreissitzungen werden Sachfragen beraten und entschieden. Wenn auf Arbeitskreis- oder Fraktionsebene kein Konsens herbeigeführt werden kann, entscheidet die Koalitionsrunde. Sie tagt in der Regel am Montag vor dem Ablauf der Antragsfrist für die nächste Stadtverordnetenversammlung und entscheidet abschließend über die Einbringung aller vorliegenden Anträge aus den Koalitionsfraktionen. (Änderungen und Ergänzungen nach Einbringung sind möglich, sollen diese aber nicht verzögern, wenn im Grundsatz Konsens besteht.)
- 21.2 In jedem Fall werden alle Sach- und Personalfragen vor den Stadtverordnetenversammlungen abgestimmt. In der Stadtverordnetenversammlung, in den Ausschüssen sowie im Magistrat und anderen städtischen Gremien stimmen die Koalitionspartner gemeinsam ab.

- 21.3 Die Vorsitzenden der Koalitionsfraktionen werden vom hauptamtlichen Magistrat regelmäßig und umfassend über alle für die Stadt Offenbach bedeutsamen Entwicklungen und Vorhaben informiert. Es findet eine Vorbesprechung am Montag vor der Magistratssitzung statt. An ihr nehmen die Magistratsmitglieder der Koalition sowie die vier Fraktionsvorsitzenden teil.
- 21.4 Vor wichtigen Entscheidungen des Magistrats, insbesondere über neue Projekte wie die Aufstellung von Bebauungsplänen und andere Maßnahmen der Stadtentwicklung, ist die Koalition mindestens 14 Tage vor dem vorgesehenen Termin der erstmaligen Behandlung im Magistrat in geeigneter Weise über Kerninhalte der Vorlagen zu informieren. Vorzugsweise geschieht dies in der Koalitionsrunde. In jedem Fall sind unter Beibehaltung der genannten Frist die Vorsitzenden der Koalitionsfraktionen zu informieren.
- 21.5 Ist ein grundsätzlicher Konsens nicht herbeizuführen, wird die Vorlage zunächst nicht in den Magistrat eingebracht. Die Koalitionsrunde tritt dann unverzüglich zusammen und entscheidet über das Vorgehen. In Ausnahmefällen, z.B. bei Dringlichkeitsvorlagen, wird Konsens zwischen den Magistratsmitgliedern und den Fraktionsvorsitzenden hergestellt.
- 21.6 Der Verkauf von städtischen Anteilen an Gesellschaften und strategische Entscheidungen wie z.B. Umstrukturierungen innerhalb des Konzerns und der Holding sowie die Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern bedürfen der intensiven Abstimmung zwischen den Koalitionspartnern. Diese muss rechtzeitig vor den Sitzungen von Aufsichtsräten und Magistrat erfolgen.
- 21.7 Proklamationen und Resolutionen der einzelnen Koalitionspartner sind nicht Gegenstand einer schriftlich fixierten Zusammenarbeit. Die Aufrechterhaltung eigener Standpunkte soll den Koalitionspartnern von Anfang an ermöglicht werden unter zwei Bedingungen:
- 21.8 1. Die Resolutionen behandeln keine haushaltsrelevanten Fragen.
- 21.9 2. Die Resolutionen enthalten keine Arbeitsaufträge an den Magistrat und sind nicht mit finanziellen Leistungen der Stadt Offenbach verknüpft.

Offenbach, den 26. Mai 2006

Stephan Wildhirt

Wolfgang Malik

Paul-Gerhard Weiß

Stephan Färber

Peter Schneider

Oliver Stirböck